Alfred Rohloff

Zur Vergessenheit des Ganzen in der Politik

Philosophische Reflexionen

ATHENA

Alfred Rohloff

Zur Vergessenheit des Ganzen in der Politik

Diskurs Philosophie

Band 19

Alfred Rohloff

Zur Vergessenheit des Ganzen in der Politik

Philosophische Reflexionen

ATHENA

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2017
Copyright © 2017 by ATHENA-Verlag,
Mellinghofer Straße 126, 46047 Oberhausen
www.athena-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: Brasse & Nolte RuhrstadtMedien, Castrop-Rauxel
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier (säurefrei)
Printed in Germany
ISBN 978-3-7455-1010-2

Inhalt

Vorwort	7
Zur Einleitung: Markt und Staat	9
Rousseaus Gesellschaftsvertrag und die Dialektik	13
Überindividuelle Ordnungen in der Natur	19
Der demokratische Staat als überindividuelle Ordnung	25
Das Verhältnis des Bürgers zum Staat	31
Europa als überstaatliche Ordnung	37
Die Vereinten Nationen als überstaatliche Einrichtung	43
Zu einer Politik vom Ganzen her	51
Weltmarkt ohne Weltregierung	59
Literatur	71
Anhang: Philosophisches Glossar	73

Vorwort

Der Titel dieser kleinen Schrift soll die These ausdrücken, daß die politisch Handelnden bei der Beurteilung der Wirklichkeit häufig zu wenig den Blick auf das größere Ganze richten.

Die *Vergessenheit des Ganzen* drückt sich einmal darin aus, daß – angesichts der vorhandenen Dialektik des Einzelnen und Allgemeinen in der Wirklichkeit – *das Ganze dieses dialektischen Zusammenhangs übergangen* und nur eines der Momente (das Allgemeine oder das Einzelne) von der Politik in den Blick genommen wird.

Diese *Vergessenheit des Ganzen* drückt sich aber auch darin aus, daß Politik sich der Beachtung größerer sozialer Ganzheiten überhebt, auch dann, wenn diese gleichwohl den zu beurteilenden Bereich der Wirklichkeit beeinflussen.

Weil man gemeinhin der Überzeugung ist, daß Philosophie aufgrund ihrer abstrakten Aussagen nur sehr wenig für das politische Denken und Handeln auszutragen vermag, meint man dann auch, sich einer Zuwendung zu philosophischen Fragen überhaupt entziehen zu können. So scheinen denn auch die philosophischen Aussagen über *die Dialektik des Einzelnen und des Allgemeinen,* von denen hier auch die Rede sein soll, von jener Abstraktheit zu sein, daß sie ihrem Anschein nach in einem Reich fern aller politischen Wirklichkeit gut aufgehoben sind.

Diese Auffassung ist indessen aus zwei Gründen falsch. Zum einen ist das *dialektische Verhältnis des Einzelnen und Allgemeinen* in seiner Wirklichkeit überall dort vorfindlich, wo wir es mit dem *Leben* zu tun haben, somit auch in der politischen Wirklichkeit. Zum anderen führt gerade in der Politik das Übersehen oder Übergehen dieser Erscheinungsformen des Gegensatzes zu schweren Fehlern in der Beurteilung und Behandlung von politischer Wirklichkeit.

Habe ich in einer kleineren Schrift (»Aufbruch zur Dialektik des Lebens«)[1] eher in theoretischer Absicht dem Verhältnis des Einzelnen und Allgemeinen nachzugehen versucht, so soll hier vom Er-

1 Alfred Rohloff, Aufbruch zur Dialektik des Lebens – Historisch-systematischer Diskurs zur Erkenntnistheorie, Oberhausen 2016.

scheinen dieses Widerspruchs in der Wirklichkeit, zumal von seinem Erscheinen in einigen Feldern der Politik die Rede sein. Dabei wird der Frage nachzugehen sein, wieweit Politik sich dem Ganzen des dialektischen Verhältnisses stellt oder nur eines der Momente beachtet oder bevorzugt behandelt.

Darum wollen wir exemplarisch von dem Erscheinen dieses Gegensatzes in der politischen Wirklichkeit ausgehen und nach seiner Beantwortung durch die politisch Handelnden fragen. Dabei soll zur besseren Einschätzung der Bedeutung dieses Gegensatzes auch der Bezug zum *außermenschlichen Leben* in der Natur – nach Maßgabe der zu erörternden Probleme – hergestellt werden.

Wenn Hegel den Widerspruch des Einzelnen und Allgemeinen geradezu zu einer Grundlage seiner Philosophie gemacht hat, dann könnte man im Folgenden natürlich den Versuch unternehmen, aus seinen Aussagen, sozusagen deduktiv, die Bedeutsamkeit dieses Gegensatzes für die Politik herzuleiten.

Wir wollen hier aber – sozusagen in umgekehrter Blickrichtung – den Weg von Einzelaussagen der Politiker nehmen, um so anhand einiger Beispiele zu allgemeineren Aussagen philosophischer Art zu gelangen, aber auch um die Bedeutung der Dialektik des Einzelnen und Allgemeinen für die Politik hervorzuheben.

Das »Philosophische Glossar« im Anhang wurde in den letzten zwei Jahren zusammengetragen. Zu seinem Verständnis muß wohl gesagt werden, daß es sich hierbei um eine Zusammenstellung der für mich wichtigen philosophischen Begriffe handelt, die nichts mit einem allgemeinen philosophischen Wörterbuch zu tun hat. Die Zusammenstellung bezeichnet vielmehr einen kleinen Begriffsapparat, der zuletzt in meinem Denken eine dominierende Rolle eingenommen hat und wohl auch in der vorgelegten Schrift erscheint.

Gemäß meinem Grundsatz, daß jede Erkenntnis ein arbiträres Moment enthält, sind auch die Erläuterungen der Begriffe – bei allem Wahrheitsgehalt – immer zugleich auch als Meinung zu qualifizieren.

Zur Einleitung: Markt und Staat

Meiner Meinung nach verbirgt sich das dialektische Verhältnis des Einzelnen und des Allgemeinen schon in den Begriffen von Markt und Staat.

Nehmen wir hier zunächst einmal die Aussage der deutschen Bundeskanzlerin, die sinngemäß vor einiger Zeit sagte, es käme in der Politik darauf an, die *Demokratie marktfähiger* zu machen.

Ich halte diese Aussage für falsch und gefährlich.

Warum?

Die Aussage versucht in unserem sozialen Ganzen, das wir Staat nennen, eine Verschiebung vorzunehmen zwischen den beiden Begriffen von Demokratie und Markt, und zwar zugunsten des Marktes.

Wem dient aber der *Markt*? Er ist das Feld der *Einzelnen* und dient *in erster Linie und unmittelbar* den *Besitzern von Kapital*, die auf dem Markt ihre Geschäfte betreiben können. Daß, *sekundär* oder *mittelbar gesehen,* auch die Menschen, die kein Kapital besitzen, einen Vorteil aus einem gut funktionierenden Markt ziehen können, ist nicht zu bestreiten. Aber *unmittelbar* bietet der Markt einen Vorteil nur den *Kapitaleignern*.

Wem dient demgegenüber aber die *Demokratie*? Sie dient *allen Bürgern*, mithin der *Allgemeinheit*, gleich ob der einzelne Bürger in diesem allgemeinen Ganzen, das wir Staat nennen können, Kapital besitzt oder nicht.

Wir haben darum den Schluß zu ziehen, daß der *Staat* – prima vista – das *Allgemeine* repräsentiert, der *Markt* aber das Feld des Einzelnen oder das Feld von Zusammenschlüssen Einzelner ist. Ich möchte an dieser Stelle schon – ohne näher darauf einzugehen – dieses Bonmot eher umkehren und fordern, daß der »Markt demokratiefähiger« gemacht werden müsse. Wir werden darauf zuletzt noch einmal eingehen.

Nun sind mit solch einer allgemeinen Aussage (»die Demokratie marktfähiger zu machen«) noch nicht nähere Annahmen über das Verhältnis der beiden Begriffe zueinander gemacht oder Handlungsschritte avisiert worden, die diese im Zitat angedeutete Verschiebung